

Atomfreies Mitteleuropa – Chancen und Beiträge Österreichs

Veranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Ökologie

am 27. Februar 1995:

ATOMFREIES MITTELEUROPA –

WER VERFOLGT WELCHE INTERESSEN?

Peter Weish

Um die Interessen pro und kontra Atomkraft zu verstehen, ist es sinnvoll, die historische Entwicklung wenigstens kursorisch zu betrachten.

Am Anfang war die Bombe

Im Sommer 1942 wurde unter straffer militärischer Leitung und beispiellosem Aufwand in den USA das sogenannte Manhattan Projekt begonnen, mit dem Ziel, Atombomben zu bauen. Beide erfolgversprechenden Wege zur Bombe wurden in neu errichteten und militärisch kontrollierten Forschungszentren gleichzeitig beschritten: In Oak Ridge, Tennessee wurde Uran hoch angereichert, in Hanford in Reaktoren Plutonium erzeugt und abgetrennt. Die Atombombe, die am 6. August auf Hiroshima abgeworfen wurde, bestand aus hoch angereichertem Uran, die Nagasakibombe aus Plutonium. Auf die Frage, warum er den Befehl zum Einsatz der BA-Bomben gegeben habe, soll Präsident Truman geantwortet haben: „Wir konnten es uns nicht leisten, eine Waffe, deren Entwicklung 1 ½ Milliarden \$ gekostet hat, nicht einzusetzen!“

Atome für den Frieden?

1955 wurde vom damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Eisenhower, die erste internationale Atomkonferenz zur „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ angeregt. Durch die programmatische Zielsetzung „atoms for peace“ wurde die Genfer Atomkonferenz zu einer vordergründigen Friedenskundgebung gemacht – ausgerichtet auf die breite Anwendung der Kerntechnik in Industrie, Forschung und anderen Bereichen – ohne jedoch die nukleare Konfrontation zu entschärfen. Die Interessenten an dieser Entwicklung waren von Anfang an bestrebt, jede kritische Auseinandersetzung zu paralysieren, die die Ausweitung der Kerntechnik in Frage stellen konnte. So wurde zum Beispiel der Nobelpreisträger H. J. Müller, Wegbereiter der Strahlengenetik und prominentester Vertreter der amerikanischen Abordnung in Genf, daran gehindert, sein Referat über die genetische Wirkung ionisierender Strahlung vorzutragen. Die Beibehaltung dieser Grundeinstellung ermöglichte – zunächst reibungsfrei – Anwendung und Ausweitung der Kernindustrie. „Wenn dennoch Forscher, die jede Atomrüstung ablehnen, einen Auf- und Ausbau der friedlichen Kernenergieverwertung begrüßen, dann treibt sie nicht nur die professionelle Sorge, durch einen Verzicht auf diese Entwicklung auch ihre Forschungen zu gefährden, sondern auch die Illusion, durch den ‚Segen der Kernindustrie‘ den ‚Fluch‘ der Kernwaffe bannen zu können. Forschungstrieb, Fortschrittsdenken und Selbstentlastungsbedürfnis vereinen sich hier in dem Drang, die Ent-

fesselung der Atomenergie durch deren zivile Nutzung zu legitimieren, nachdem ihre militärische Nutzung - die Kernrüstung - sich immer sichtbarer der Kontrolle entzieht“ (Friedrich Wagner „Die Wissenschaft und die gefährdete Welt – Eine Wissenschaftssoziologie der Atomphysik“ Beck, München 1964, S.283)

Im Jahre 1957 erfolgte die Gründung der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEA). Ihre Aufgabe besteht einerseits darin, die Anwendung der Atomenergie zu fördern, andererseits aber die Verbreitung spaltbaren Materials zu kontrollieren. Als in der ersten Generalversammlung der IAEA ein Redner verkündete, er sehe den Tage kommen, an dem die letzte Atombombe in einem „friedlichen“ Reaktor verbrannt würde, spendeten die Delegierten lebhaften Beifall. Es kam jedoch ganz anders und gar nicht überraschend: Die zivile Atomindustrie ist von der militärischen nicht zu trennen. Diese beiden Bereiche sind „Siamesische Zwillinge“. Die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie bildet in vielen Ländern den Vorwand zum Aufbau einer wissenschaftlich-technischen Infrastruktur, die den Einstieg in die nukleare Aufrüstung wesentlich erleichtert und beschleunigt. Nahtstellen zwischen der militärischen und zivilen Atomindustrie sind insbesondere Anreicherung und Wiederaufarbeitung.

Wie es zu der österreichischen „Schrittmacherrolle“ kam

Die Anfänge der Anti AKW Bewegung

Anfang der Siebzigerjahre begann mit der Planung des österreichischen Atomprogramms ganz bescheiden zunächst, aber kontinuierlich wachsend, in Österreich der Widerstand gegen die Atomkraft. Zunächst war es schwierig, den Vertrauensvorschuß in die „Zukunftstechnik“ Atomkraft und ihre professionellen Proponenten zu erschüttern. Mit der großen Vielfalt der Anti-AKW-Initiativen, die in der jahrelangen Auseinandersetzung mit der Problematik Stein-St.Pantaleon (dem 2. geplanten AKW) und dem AKW Zwentendorf entstanden waren, fand ein energie- und demokratiepolitischer Lernprozeß in der Bevölkerung statt, der als bemerkenswertes historisches Ergebnis am 5. November 1978 das Nein zur Atomkraft brachte. Es war ein Sieg der Basis gegen die organisierte Macht der Großparteien, der E-Wirtschaft, Industrie und Gewerkschaft mit ihrem millionenschweren Propagandafeldzug. Die hauchdünne Nein-Mehrheit machte den Aktivisten klar, daß jeder Einsatz unabdingbar gewesen war – sich zu wehren hatte sich bewährt. Mit diesem auch international bemerkenswerten demokratischen Votum und dem im Parlament im Dezember 1978 beschlossenen „Atomsperrgesetz“ wurde Österreich von einem der letzten Industrieländer ohne Atomkraft zum ersten Industrieland ohne Atomkraft. Wenige Monate später ereignete sich der Unfall von Three Mile Island, der so manchen ehemaligen Befürworter davon überzeugte, daß der Volksentscheid richtig gewesen war. Trotzdem gab es noch jahrelange Versuche, das Atomsperrgesetz abzuschaffen und das AKW Zwentendorf „aufzusperren“.

Tschernobyl

Das endgültige „aus“ für die Atomkraft in Österreich brachte 1986 die Katastrophe von Tschernobyl, die in vielen Ländern bewirkt hat, daß Mehrheiten der Bevölkerung einen Ausstieg aus der Atomkraft wünschen. Die Realität zeigte allerdings in aller Klarheit auf, daß die technokratischen, bürokratischen und politischen Eliten in den Ländern mit starker Atomlobby nicht lernfähig sind. Anders gesagt: Die Eigendynamik und Machtposition des nuklearen Sektors ist nach wie vor bestimmend.

Besonders stark ist die Atomwirtschaft in Frankreich. Electricité de France (EDF) produziert 83 % Atomstrom und ist damit das EVU mit dem weltweit höchsten Anteil an Atomkraft. EDF erzeugt 20 % der westeuropäischen Elektrizität. Der Export nimmt seit 1980 zu und betrug 1993 mehr als 60 Mrd. kWh. In den letzten 20 Jahren hat EDF ungefähr 100 Mrd. US \$ in die Atomenergie investiert. 1993 waren 56 AKW mit 57.650 MW in Betrieb. Das Dilemma der französischen Atomindustrie liegt darin, daß sie zwar für den Betrieb der heimischen Reaktoren gebraucht wird, mangels Aufträgen an neuen Anlagen aber tief in der Krise steckt. Frankreich wird oft als Beweis genannt, daß Atomkraft billig ist. Dabei wird meist vergessen, zu erwähnen, daß EDF Schulden hat, wie Brasilien. Um die marode Atomwirtschaft über Wasser zu halten, bemüht sich EDF um Aufträge in China (Daya Bay bei Hongkong), Indien und Kuba und im ehemaligen Ostblock (Kozloduy, Mochovce) und geht Partnerschaften mit Framatome, Siemens, Atomtecheno (Russland) ein. Auch die amerikanische Atomindustrie kämpft ums Überleben. Westinghouse setzt alles daran, mit dem Temelinprojekt in das Rekonstruktionsgeschäft einzusteigen.

Die offizielle Politik – Bekenntnisse und Schwächen

Strategien gegen die nukleare Bedrohung

Die Atomenergie ist nach wie vor eine Schlüsselfrage. Für eine zukunftsverträgliche Entwicklung ist der Ausstieg aus der Atomenergie eine notwendige Bedingung. Umweltschutz erfordert demnach eine Doppelstrategie: Verwirklichung zukunftsverträglicher Lebens- und Wirtschaftsformen, aber gleichzeitig das aktive Beenden gefährlicher Fehlentwicklungen. Der Einstellung der großen Mehrheit der Bevölkerung folgend, hat sich die österreichische Regierung zu einer aktiven Politik für ein atomkraftfreies Mitteleuropa – auch nach einem Beitritt zur EU und damit auch als Euratommitglied – bekannt.

Auf verschiedenen Ebenen – an der Basis, im Bereich der Reaktor-Risikoforschung und auch auf politischer Ebene wurde bisher vieles erreicht, allerdings bei weitem nicht genug. Es fehlte bisher an ausreichender finanzieller Unterstützung der vielfältigen Strategien zur Überwindung der nuklearen Bedrohung. Eine „Politik für ein atomkraftfreies Mitteleuropa“ kann aber nicht länger auf der Selbstausschöpfung engagierter Aktivisten, Wissenschaftler und einiger weniger Beamte beruhen. Die vielfältigen Ebenen, auf denen gegen eine weltweit hervorragend organisierte Atomwirtschaft gearbeitet werden muß, erfordert Kontinuität und mehr Professionalität, als unter den jetzigen Bedingungen möglich ist. Damit die Politik einer Schrittmacherfunktion Österreichs für ein atomkraftfreies Mitteleuropa erfolgreich sein kann, muß die Regierung dafür auch einen Budgetansatz vorsehen. Dafür ist wenigstens soviel zu veranschlagen, wie für die Interessenvertretungen der Atomwirtschaft (IAEA, EURATOM) an österreichischen Steuergeldern pro Jahr ausgegeben wird, das sind mehr als 25 Mio. S. Ein solches Budget wäre in einer transparenten Form auf die verschiedenen Aktivitäten zu verteilen. Dazu zählen vor allem:

Fachübergreifende Reaktor-Risikoforschung als eine wichtige Grundlage. Die bisher schon erfolgreichen Arbeiten, mit wissenschaftlichen Methoden technische Schwachstellen von Atomanlagen und das damit im Zusammenhang stehende Katastrophenpotential aufzuzeigen (z.B. beim slowakischen AKW Jaslovske Bohunice und dem tschechischen Projekt Temelin) sind auf viele Bereiche auszudehnen.

- * Weiterentwicklung des Völkerrechts ist notwendig, um wirksame Schritte gegen grenzüberschreitende nukleare Bedrohungen einleiten zu können.
- * Es ist auf eine Satzungsänderung der IAEA hinzuwirken Ihre anachronistische Doppelrolle sollte beendet werden – die Verpflichtung zur Förderung der Atomenergie ist aus den Satzungen zu streichen und die Kompetenzen zur Kontrolle und Überwachung zu stärken, was viel Arbeit auf internationaler Ebene erfordert.
- * Initiativen zur Gründung einer Internationalen Sonnenenergie Organisation auf UNO-Ebene, als Schrittmacher-Organisation ins Solarzeitalter sind zu setzen.
- * Bilaterale Verhandlungen mit Nachbarstaaten, die Atomanlagen betreiben sind verstärkt fortzuführen mit den Zielen:
- * Gefährdungspotentiale zu verringern, unverzügliche Informationen bei Unfällen zu gewährleisten. Haftungsfragen zu klären und außerdem Unterstützung beim Ausstieg aus der Atomkraft zu leisten
- * Aufbau einer Koalition von „atomfreien“ Staaten, die ihre Interessen auf internationaler Ebene wirksam zur Geltung bringen
- * Nicht zuletzt aber, mit der Verwirklichung einer zukunftsverträglichen Energiepolitik in Österreich Glaubwürdigkeit und Vorbildwirkung zu erzielen

Wichtig in der österreichischen Politik zum Überwinden der nuklearen Bedrohung ist eine optimale Koordination aller einschlägig befaßten Stellen und Organisationen. Eine zentrale Rolle kommt dabei dem „Forum für Atomfragen“ (FAF), dem Nachfolgegremium der früheren Reaktorsicherheitskommission¹ zu. Dem FAF gehören Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen an. Es berät vor allem den Bundeskanzler in Fragen nuklearer Risiken aber auch in Belangen alternativer Energiestrategien. Unter den wissenschaftlichen Einrichtungen ist vor allem das Senatsprojekt für Nukleare Sicherheit an der Universität Wien zu nennen, das interdisziplinäre Reaktorisikoforschung an konkreten Beispielen betreibt und dringend einer ausreichenden personellen Ausstattung bedarf. Weitere wissenschaftliche Einrichtungen von Bedeutung für diese Problematik sind die Energieverwertungsagentur, Bereiche im Forschungszentrum Seibersdorf und das Österreichische Ökologie Institut. Natürlich wären auch Ministerien je nach ihrer Zuständigkeit und Kompetenz in die Anti Atom Politik einzubinden. Eine besondere Rolle kommt aber nicht zuletzt den Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen zu, ohne deren Erfahrung und Einsatz keine erfolgreiche Umweltpolitik möglich ist.

Am Beispiel der Atomkraft zeigt sich in aller Deutlichkeit die verantwortungslose Eigendynamik struktureller Macht. Die Interessenten an einer zukunftsverträglichen Entwicklung

¹ Mit Ihrer unqualifizierten und politisch schädlichen Stellungnahme zum Projekt Mochovce haben einige Wissenschaftler des Atom Instituts und der TU Wien kürzlich einiges Aufsehen erregt und entgegen ihrer Intention erwiesen, daß die Abschaffung der ehemaligen Reaktorsicherheitskommission ein richtiger Schritt war.

haben erkannt, daß es darauf ankommt, mit Geduld und Ausdauer Verantwortung zu organisieren, um die notwendige gesellschaftliche Kontrolle der Technik zustande zu bringen.

Die in Großbritannien 1989 vorgesehene Privatisierung der Energieversorgungsbetriebe scheiterte an den fragwürdigen Wirtschaftlichkeit der Atomkraft. Obwohl die Regierung versprach, die vollen Kosten der Abfallentsorgung und Stilllegung zu bezahlen, fanden sich keine Investoren, die bereit waren, das Kosten-Risiko zu übernehmen.

Folie aus „Handbook for Nuclear Engineering“ 1994